

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

205 (30.7.1920) Erstes und Zweites Blatt

Karlsruher Tagblatt

Preis:
In Karlsruhe frei ins Haus
selbst monatlich 5.50 M.
an den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 5.10 M.
K u s t r s durch unsere
Agenturen bezogen 5.50 M.
monatlich am Postamt
abgeholt monatlich 5.50 M.
vierteljährlich 15.50 M.
den Briefträger frei ins
Haus gebracht monatlich
6.65 M. vierteljährlich 16.95 M.
**Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle**
Mitterstraße 1.

die 9. u. 10. Spalten
oder deren Raum 1) Lokal
1.40 M. 2) Ausland 1.60 M.
Kleinanzeigen 5.— M. an
erster Stelle 5.50 M.
Abend nach Karlsruher
Anzeigenannahme
bis 19 Uhr mittags.
Kleinere Anzeigen (außerhalb
bis 4 Uhr nachmittags).

Verkehrsanstalten:
Geschäftsstelle Nr. 203.
Verlag Nr. 207.
Schriftleitung Nr. 20 u. 204

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ **Badische Morgenpost**

Verantwortlich für Politik: Martin Dolinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den künstlerischen Teil: Karl Jahn und Hermann Heide; für den literarischen Teil: E. G. Schreyer. Druck und Verlag: C. F. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., Familie in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt G. C. v. Friedemann, Breitenstraße 66/68. Telephon-Nr. 114. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 205. Freitag, den 30. Juli 1920. Erstes Blatt

Oesterreichische Chronik.

(Von unserm Korrespondenten)
Dr. O. B. Wien, 20. Juli.

Das große Ereignis der abgelaufenen vierzehn Tage ist die parlamentarische Erledigung der Vermögensabgabe, die nun endlich nach bewegten Vorbereitungen und Zwischenfällen zur Tatsache geworden ist. Die lange kritisch gewesenen Detailsfragen wurden im letzten Augenblick durch mehr oder minder leibhaftige Kompromisse aus der Welt geschafft, weil allen Parteien dran gelegen war, das große Werk noch vor Auseinandergehen der Nationalversammlung in die Sommerferien — schon aus Gründen der Wahlstatistik — zu verabschieden. Hauptächlich entkräften Streitfragen über den Stichtag, die Abzahlungstermine, die Bewertung des künftigen und künftigen Grundbesitzes, sowie der Erwerbsunternehmungen, die Befreiung der Aktiengesellschaften, die Aufnahme der Kreisangehörigen an Zahlungs Statt und dergleichen mehr. Als Stichtag wurde schließlich der 30. Juni 1920 festgesetzt. Die bürgerlichen Kreise hatten sich eine weit unter der Wirklichkeit liegende Schätzung ihres Grundbesitzes zu sichern gewünscht. Der Realbesitz der übrigen Erwerbsunternehmungen wird nach dem Anschaffungspreis, höchstens nach dem gemeinen Werte, eingeschätzt. Der der Wirtschaftsverordnung unterliegende künftige Grundbesitz wird nach dem Ertragswert eingeschätzt werden. Für Wertpapiere kommen Steuerfaktoren nach einem Durchschnittswert zwischen dem gemeinen und Ertragswert in Betracht. Aktiengesellschaften können die Vermögensabgabe in Aktienform nicht entrichten, sondern müssen die Abgabe voll entrichten oder gratis Aktien ausgeben. Für das liquide Vermögen sind zur Zahlung drei Jahresraten festgesetzt worden. Rentenzahlung ist grundsätzlich nur zulässig, wenn mehr als 40 Prozent auf liquide Vermögensgegenstände entfallen. Mäßige für geringere Vermögen, für Frau und Kinder, für Krankheit, Invalidität und höheres Alter sind zugestanden worden.

In dieser immerhin ziemlich radikalen Form ist die Vorlage im Hause zur Annahme gelangt. Die leidenschaftliche Preßkampagne einzelner promouierter gemäßigter Blätter hat das Unheil ebensowenig abzuwenden vermocht, als die gemeinsame Konferenz einiger Bankdirektoren und Industriekapitäne, an der auch der Abgeordnete Friedmann teilnahm, und in der er sich erbittert machte, bei der Reparations-Kommission dahin zu intervenieren, daß sie Einspruch gegen das Gesetz erhebe. (Die Kommission trat nämlich seit kurzem in Wien und ihr Amtsantritt wurde in solener Weise durch gegenseitige Ansprachen, Kundgebungen.) Dieser unklare Schritt des Abgeordneten Friedmann hat zu beständigen Leidenhaftensbrüchen in der Nationalversammlung geführt und unsere Stellung gegenüber den Vertretern der feindlichen Mächte keineswegs verbessert. Die Reparationskommission hinterließ zwar nicht das Gleichgewicht der Vorlage, bestand jedoch darauf, daß ihre jüngste Note (vom Mai 2. J.), worin sie das gesamte Vermögen des Staates als der Entente verhaftet erklärte, in das Vermögensabgabengesetz als eigener Paragraph aufgenommen werde, wobei sie freilich die großmütige Erklärung abgab, die Entente-Mächte würden das Ertragsrecht der Vermögensabgabe für ihre Zwecke nicht in Anspruch nehmen.

Außer der Vermögensabgabe wird die Nationalversammlung vor ihrem Urlaub noch eine Novelle zur Personal-Einkommensteuer erlassen. Darin wird das steuerfreie Existenz-Minimum von 1600 auf 2400 Kr. erhöht. In den 25 ersten Einkommensstufen (bis 60 000 Kr.) werden die Grundlagen der Besteuerung ebenfalls vermindert, so daß die höheren Proportionsätze erst dann in Kraft treten sollen, wenn die Einkünfte diese fünfjährige erhöhte Grenze überschritten haben. Die Steuerhöhen steigen von 70 Kr. (I. Stufe) bis 35 000 Kronen (42. Stufe). Von den übrigen Bestimmungen des umfangreichen Entwurfes wäre noch hervorzuheben, daß die Autonomie der Steuerträger, wie sie sich in der Wahl von Steuerkommissionen äußert hat, aufgegeben erscheint. Die Gemeinden werden künftig die Bemessungskommissionen zu ernennen haben, womit sie ein Postulatum werden. Eine bedauerliche, und durchaus nicht fortzusetzende Entwicklung.

Ueberdies wurde noch eine ganze Reihe anderer vielfach wichtiger Vorlagen vor Tisch gebracht — so u. a. der Beitritt Oesterreichs zur Berner internationalen Urheberrechts-Union, die parlamentarische Krankenversicherung der Staatsbediensteten, ein Invaliden-Beschäftigungs-Gesetz, das jeden Unternehmer nötigt, auf 20 beschäftigte Arbeiter einen Invaliden einzustellen. Schließlich steht noch die neue Wahlordnung in Behandlung. Sie wird den Versuch machen, eine Verbesserung des Proporz-Systems insofern durchzuführen, als für die aktivierten Wähler in jedem Wahlbezirk eine gewisse Anzahl von Mandaten (15) vorbehalten werden sollen, womit also auch den kleineren Minoritäten an ihrem Rechte verhoffen wird.

Somitliche Ereignisse: Auf dem Gebiete der äußeren Politik: Ratifizierung des Friedens von St. Germain, was aber unter Verhältnis zu den begehrenden Nachbar-Staatsverträgen vorläufig nicht verbessert hat. Die Südlawen trachten sich ungesetzlich deutscher Gebiete zu bemächtigen, die nicht einmal der Friedensvertrag ihnen zugesprochen hat, und weichen nicht einmal vor dem

Einspruch der Entente zurück. Unser Verhältnis zu Ungarn hat sich durch die Boykott, die Bela Kun-Frage und das leidige ungarische Problem ziemlich unglücklich gestaltet. Der Boykott wird mit aller Macht weiter aufrecht erhalten, obwohl die Antierdamer Gewerkschafts-Zentrale den österreichischen Genossen die Entscheidung hierüber überlassen hat. Die Regierung ignoriert die Angelegenheit offiziell und beharrlich. Sie wird das aber nur so lange tun können, als durch Erscheinungen, wie die Konfiskation für Deutsch-

Eine bewegte Sitzung.

Der von unserer Berliner Redaktion wird uns erzählt:

Die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit verlief im Reichstag ziemlich kühnlich. Die Angriffe, die der Unabhängige Rosenfeld gegen den Sprecher der Deutsch-Nationalen v. Gallwitz, den bekannten deutschen Heerführer, richtete, riefen bei der Rechten Protestkundgebungen hervor. Die Deutsch-Nationalen und die Deutsche Volkspartei stimmten gegen den Gesetzesentwurf, der im übrigen in zweiter Lesung angenommen wurde. Die Ansprache über den Notetakt brachte wiederum viel Bewegung. Die Vorwürfe, die der Unabhängige Boatherr der Geschäftsführung des Reichspräsidenten machen zu müssen glaubte, riefen den Sozialdemokraten Müller-Franken auf den Plan, der den Reichspräsidenten verteidigte, der nur seine verfassungsmäßigen Pflichten erfüllt habe. Als der Abg. Boatherr beleidigende Äußerungen gegen den früheren deutschen Kaiser machte, erklärte der Reichspräsident, daß jeder Abgeordnete das Recht habe, den ehemaligen Kaiser zu kritisieren, daß dieser aber als Deutscher Anrecht auf den Schutz des Reichspräsidenten habe, wenn er persönlich beschimpft werde.

Bei der Weiterberatung gab es dann bei dem Titel Reichsjustizministerium noch ein kurzes Intermezzo zwischen dem Unabhängigen Müllert, der die deutsche Justiz angriff, und dem Reichsjustizminister Dr. Heineke, der die Angriffe gegen die Parteilichkeit deutscher Richter auf das Entschiedenste zurückwies.

Das Haus vertagte sich dann auf Freitag 11 Uhr. Man will vernehmen, durch verlängerte Sitzungen den gewaltigen Arbeitsstoff zu meistern; doch heißt es neuerdings in parlamentarischen Kreisen, daß die Tagung bis in die Mitte nächster Woche sich hinziehen werde.

Der Hauptausschuß des Reichstags über die Bejahung des Rheinlands.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 20. Juli. Im Hauptausschuß des Reichstags teilte bei dem Titel Vermögensverwaltung für die Bejahung der rheinischen Gebiete der Abg. Städelin (Soz.) als Referent mit, daß sich dort 150 000 Mann fremder Truppen befinden. Dazu kommen 94 Delegierte der Rheinlands-Kommission mit ihrem Troß, deren Kosten das Reich bezahlen müsse. Dazu kämen die für den hohen Ausschuß angelegten Kosten von 20 Millionen Mark. Bis Ende April 1920 seien von uns bezahlt worden: 1783 Millionen Mark in bar, außerdem in unmittelbaren Leistungen 1565 Millionen Mark, insamt also 3348 Millionen Mark.

Die Ansprüche der fremden Offiziere auf Wohnungen und deren Ausstattung seien außerordentlich hoch. Der Delegierte der Rheinlands-Kommission habe eine 10 Zimmerwohnung und für deren Ausstattung 28 000 Mark verlangt, während seine Gemahlin noch weitere Forderungen stelle. So wird das Reich an den finanziellen Ruin gebracht werden.

Reichsminister Kaumer betont gegenüber diesen Ausführungen, daß in der Tat die Frage beantwortet werden müsse, wie Deutschland die Reparationskosten tragen solle, wenn für die Bejahung der feindlichen Gebiete eine so unübersehbar hohe Summe auszugeben werden müsse. Nur eine Verrentierung der Truppen würde unsere Lasten abzumildern geeignet sein.

Abg. Korte (Dem.) bespricht die Verhältnisse im feindlichen Gebiete aus eigener Anschauung und schildert sie infolge des rückwärtigen Vorgehens der französischen Okkupationsstruppen als außerordentlich schlimm. Die Abneigung gegen das Vorgehen der französischen Militärtruppen in allen Kreisen der rheinischen Bevölkerung sei stark und von Separationstendenzungen könne dort keine Rede sein.

Eine Warnung des Reichswehrministeriums.

m. Berlin, 28. Juli. Seitens des Reichswehrministeriums ergeht an die Reichswehren folgende Befehl:

Unter einem mehr oder weniger patriotischen Deckmantel werden zurzeit in Deutschland von verschiedenen Organisationen militärische Verbände betrieben, vor denen in der Öffentlichkeit nicht nachdrücklich genug gewarnt werden kann. Auf der einen Seite suchen gewissenlose Werber aktive und entlassene

land bestimmter Ostleistungen durch den Kreisarbeiterrat nicht weitere internationale Komplikationen drohen. Dnebies ist das Verhältnis zu Deutschland bereits durch die jüngste Phase der Bela Kun-Affäre merklich affiziert. Ungarn gegenüber kann sich die österreichische Republik zwar auf den derzeitigen mit der damaligen ungarischen Regierung abgeschlossenen und nun veröffentlichten Anleihevertrag und auf die Pression Sowjetrußlands berufen, das sich nicht scheute, die Repatriierung der österreichischen Kriegsgefangenen von

Die Entente und Rußland.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 20. Juli. Von zukünftiger englischer Seite wurde der Londoner Korrespondent des „Petit Journal“ zu der Erklärung ermächtigt, man könne annehmen, daß die alliierte Note an die Sowjetregierung entweder von Lord Curzon unterzeichnet sein wird. In London glaubt man, daß Moskau wegen der gestellten Bedingungen Einwendungen erheben wird, namentlich dagegen, daß der Frieden mit Polen unterzeichnet sein müsse, bevor man die anderen Punkte bespreche, und daß die Mandatstaaten an der Londoner Konferenz teilnehmen sollen. Wahrscheinlich wird jedoch die Antwort der Sowjetregierung ausweichend sein, die Besprechungen nicht abbrechen, und zuletzt würden die Sowjetvertreter doch noch nach London kommen. Die Konferenz wird wahrscheinlich nicht vor dem 15. September stattfinden und ziemlich lange dauern.

London, 20. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Daily Herald“ berichtet, die englische Regierung habe von der Sowjetregierung telegraphisch Aufklärung über den ersten Teil der Note Tschischerins vom 24. Juni verlangt.

Rußland und die Mandatstaaten.

(Eigener Drahtbericht.)

Kowno, 20. Juli. Heute ist Poffe mit der Antwort der russischen Regierung auf die Note des Ministers des Auswärtigen aus Kowno nach Maa zurückgekehrt. Die Verhandlungen sollen unverzüglich beginnen.

Die lettische Regierung machte der litauischen den Vorwurf, Verhandlungen zwischen den beiden Staaten über den Grenzverkehr und militärische Fragen einzuleiten. Die litauische Regierung nahm den Vorwurf an und bestimmte ihre Vertreter. Das Kabinett beschloß, die lettische Regierung zu erwidern, ihre Vertreter zu diesen Verhandlungen nach Kowno zu entsenden.

Kopenhagen, 28. Juli. Wie „Berlingske Tidende“ aus Helsingfors meldet, berichtet ein Revolver-Matt, daß hochstehende Persönlichkeiten innerhalb der russischen Sowjetregierung erklärt hätten, die Sowjetregierung habe niemals die Selbständigkeit der Mandatstaaten ernst genommen. Es wäre wünschenswert, wenn die baltischen Länder die Frage ihres Anschlusses an Rußland aufwerfen würden. Ein entgegengelegtes Falle würden sie dazu gezwungen werden. Die wichtigste Frage sei, wann der Weg Rußlands durch Estland und Lettland an die Däner eröffnet werde.

einer günstigen Lösung der Kun-Frage abhängig zu machen. Der Vorwurf ungedachter Behandlung der Angelegenheit des Transports über deutsches Gebiet bleibt jedoch vorläufig auf unserer Regierung haften. Hoffen wir, daß sich daraus keine neuen zwischenstaatlichen Schwierigkeiten ergeben! Wir haben an den vorbandenen gerade genug. Der endlichen faktischen Angleichung Ungarns trägt ein Gesetzentwurf über die Einverleibung des Burgenlandes Rechnung, es ist aber trotzdem einwärtlich nicht abzusehen, wann sich die tatsächliche Verleibung des untrittenen Gebiets vollziehen wird.

Im Innern: Die neue Wehrmacht ist aufgestellt und veredigt worden. Die Parade der Truppen machte auf die anwesenden militärischen Entente-Bevollmächtigten angeblich einen vorzüglichen Eindruck. Wie sie sich im Notfall bewähren werden, bleibt abzuwarten.

Ein Teil der Gemeindevorstände hätte um ein paar katastrophalen Streik der Wiener städtischen Unternehmungen (Gas-, Elektrizitätswerke, Reichsbahn, Straßenbahn) herbeigeführt, wenn es nicht mit Mühe gelungen wäre, die erhöhten Gehaltsforderungen der Streiklistigen, zum Teil wenigstens, zu befriedigen. Dagegen stehen wir neuerdings vor der ernsten Tatsache bedeutend erhöhter Forderungen sämtlicher öffentlicher Angestellten (ebenfalls mit Streikhintergrund). Die Regierung erklärt sich außerstande, den in die Milliarden gehenden Mehraufwand ohne Bedeckung zu betreiben und verzichtet sich auch hinter die Reparations-Kommission, der sie zwischen den Beilen nahe legt, in dieser rein internen Frage ein Mandatwort zu sprechen. Für den Augenblick bietet sie wieder ein sogenanntes einmalige Ausbisse und verspricht die sofortige Verlautbarung der Beschlusreform der Eisenbahnen (durch Vollzugsanweisung) und die Inangriffnahme des gleichen Reformwerkes für die übrigen Staatsanstalten. Ob sich die sozialistischen Organisationen mit diesem Rückvertrug zufrieden geben und nicht vielmehr auf zehnmäher, den Bezügen der manuellen Arbeiter angepaßten Entlohnung ihrer Leistungen bestehen werden, wird sich in den nächsten Tagen, vielleicht Stunden, zeigen.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 20. Juli. Haus und Tribünen sind schwach besetzt. Am Ministerisch Reichswehrminister Gehler.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des vom Abg. Müller-Franken (Soz.) eingebrachten Gesetzesentwurfes betreffend die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Radbruch (Soz.) begründet einige Anträge und bemerkt, das Gesetz solle dazu dienen, einer Justizschmach ein Ende zu bereiten.

Abg. v. Gallwitz (D.M.): Ich muß die Militärgerichtsbarkeit in Schutz nehmen, denn es handelt sich hier um politische Motive. Sind die Bluttateteile der Sowjetarmee von Zivilgerichten gefällt worden? Militärgerichte sind viel besser als ihr Ruf. Als alter Soldat kann ich das besser beurteilen als meine Gegner. Ich hoffe, daß der Baum, an dem die Weipen nagen, noch manche Früchte tragen wird.

Abg. Rosenfeld (U.S.): Man sollte es doch kaum für möglich halten, daß ein Führer des schmachwürdigen Weltkrieges sich hinterlistig (hinterlistig) hinterhält, sich hinterhält, dessen Worte beweisen, daß er gar keine Ahnung von den furchtbaren Strafen des blutigen Vergehens... (Schallende Heiterkeit. Die weiteren Worte gingen im Lärm und den fortwährenden Unterbrechungen unter.) Die Militärgerichte haben im deutschen Volke jedes Vertrauen verloren.

Abg. Vell (Ztr.): Angesichts der veränderten militärischen Verhältnisse ist meine Partei der Ansicht, daß jetzt die bürgerliche Gerichtsbarkeit notwendig ist. Ich kenne die Zuverlässigkeit und Pflichttreue der Militärgerichte, halte sie aber jetzt nicht mehr für angebracht.

Abg. Brüninghaus (D.V.): Dr. Rosenfeld hat der Raste der Offiziere die Schuld an allem gegeben. Namens der 10 000 Offiziere, die der grüne Rasen deckt, erhebe ich gegen die Beschimpfung Einspruch. Nicht zehn Jahre werden vergehen, bis das deutsche Volk die Elemente, die uns in das Unglück der Revolution hineingekürzt haben, verfluchen wird. Die Aufhebung der Militärgerichte ist ein schwerer Fehler. Ich bitte, dafür zu sorgen, daß die 100 000 Mann Reichswehr, die jetzt zur Entlassung kommen, ein Unterkommen finden.

Abg. Dr. Haas (Dem.): Auch ich erkenne die guten Seiten der Militärgerichte an, aber es sind auch schwere Fehler vorgekommen.

Reichswehrminister Dr. Gehler: Ich sehe in dem Entwurf die Einlösung eines in Weimar gegebenen Versprechens und erkläre die Annahme durch die Regierung. Namentlich wird dadurch eine Veruhigung der militärischen Atmosphäre erzielt. Notwendig ist jedoch gleichzeitig eine Reform der bürgerlichen Strafrechtspflege in dem Sinne, daß der Tat schnell die Ahndung folgt.

Die §§ 1-8 werden angenommen.

Zu § 9 beantragen die Unabhängigen ein Verbot des Waffengebrauchs bei Verhaftungen.

Abg. Herzfeld (U.S.) begründet den Antrag mit dem Hinweis auf zahlreiche Fälle, in denen auf fliehende Verhaftete geschossen wurde.

Abg. Dr. Haas (Dem.): Unter gewissen Umständen muß der Soldat schießen können. So einfach ist die Sache nicht.

Ein Antrag der Unabhängigen auf Schießverbot für Soldaten wird mit Hilfe des Hammelprinzges mit 192 gegen 142 Stimmen abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird angenommen. Gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung erhebt Abg. Brüninghaus Einspruch.

Es folgt die zweite Lesung des Reichsnotetats.

Abg. Vogtherr (U.S.): Ich halte es nicht für zeitgemäß, daß der Präsident der Republik Herr über Leben und Tod ist wie seinerzeit die Landesfürsten. Ich bedaure, daß der Präsident auch in solchen Fällen Todesurteile gefällt hat, wo es sich um Uebergriffe in der Sache des politischen Kampfes für die Freiheit gehandelt hat, und verlange die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Der Vorredner hat keinen Beweis dafür erbracht, daß der Präsident die ihm zustehenden Rechte überschritten hat.

Vizepräsident Bell erklärt, es dürfe zwar der ehemalige deutsche Kaiser jetzt in der Debatte erwähnt werden, und er müßte sich auch eine Kritik gefallen lassen, aber es sei auch Pflicht des Präsidenten, ihn wie jeden anderen Staatsbürger vor einer persönlichen, gebührenden Beschimpfung zu schützen.

Abg. Vogtherr (U.S.) beharrt darauf, daß Präsident Ebert als Sozialdemokrat die Verpflichtung habe, kein Todesurteil zu unterzeichnen.

Reichsjustizminister Heintze stellt nach Aktenmaterial einige Fälle im Ruhrgebiet anders dar als der Vorredner.

Beim Kapitel Reichstag

wünscht Abg. Hanfmann (Dem.) angesichts der großen Ausgaben, die dem Hause bevorstehen, und angesichts des Umstandes, daß der Reichswirtschaftsrat die gleichen Fragen verhandelt, daß Mittel gefunden werden müssen, die Verhandlungsfähigkeit des Hauses zu stärken, etwa durch eine Begrenzung der Redezeit.

Beim Kapitel Reichswirtschaftsministerium

fordert Abg. Herz (U.S.) die Sozialisierung des Vergabes und der Papierindustrie.

Beim Kapitel Reichsmilitärgericht

bringt Abg. Rosenfeld (U.S.) seine bekannten Klagen aufs neue vor. Redner verlangt Zulassung der Öffentlichkeit zu den Verhandlungen der Reichsmilitärgerichte.

Beim Kapitel Reichsjustizministerium

erhebt Abg. Ludwig (U.S.) Klage gegen die Reichsjustiz, deren untere Organe den Anordnungen des Ministers nicht Folge leisteten. Hierher gehöre der Fall Dörken. Er wirft sodann der Regierung Bruch der Abmachungen in Viesfeld vor und verurteilt das Wüten der Reichswehr bei der Säuberung des Ruhrgebietes.

Abg. König (Soz.): Die unschuldig Leidenden müssen aus dem Gefängnis befreit werden. Die Zeit drängt. Auch in diesen wenigen, dem Hause noch verbleibenden Tagen müsse ein Amnestiegesetz erlassen werden.

Abg. Düwell (U.S.) stimmt der Amnestie zu, aber nicht als einem Akt der Gnade, sondern als einer Selbstverständlichkeit. Die Verurteilung der im Ruhrgebiet geübten Rechtsprechung sei allgemein; die Zivilrechtspflege leidet noch Schlimmeres als die Militärgerichte.

Vizekanzler und Reichsjustizminister Heintze entgegnet, alle Anklagen gegen die Reichswehr hätten nichts mit der Justiz zu tun. Die Anklagen seien schändlich, derart, daß er nicht imstande sei, sie hier im Einzelnen durchzugehen. Er habe nicht die Absicht, sich der Verantwortung, die ihn treffen könne, zu entziehen. Er sollt sodann der Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue der Richter hohes Lob. Zur Ruhrgebietfrage erklärt er, daß bislang 1270 Wegnadigungsgefuche eingegangen und 567 davon bereits bewilligt seien. Aus allen diesen Anklagen sprech nur der Haß gegen die deutsche Justiz.

Das Haus genehmigt das Kapitel Reichsjustizministerium.

Während einer Geschäftsordnungsdebatte erklärt Reichswehrminister Gessler, daß im Friedensvertrag Verrückung der allgemeinen Wehrpflicht verlangt wird. Die große Vorlage über diesen Punkt werde erst im Herbst kommen. Morgen werde eine den Wünschen der Entente entsprechende Notverordnung zur Erledigung gelangen.

Darauf verlegt sich das Haus auf Freitag vor-mittag 11 Uhr. Tagesordnung: Anträge, Interpellationen und kleinere Vorlagen. Schluß 7.30 Uhr nachmittags.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags

wurde der deutschnationale Antrag gegen die Masseneinwanderung fremdstämmiger Elemente angenommen.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß des Reichstags

hat sich konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde der demokratische Abgeordnete Dr. Petersen gewählt.

Das Gesetz über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Regelung der Dauer der Dienstpflicht.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 29. Juli. Mit Rücksicht auf die kurze Tagungsdauer des Reichstages ist dem Reichsrat gestern nicht der Reichswehrgesetzentwurf, sondern ein Notgesetz vorgelegt worden. Es trägt die Überschrift: Gesetz über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Regelung der Dauer der Dienstpflicht. Der Entwurf wurde mit einigen Änderungen vom Reichsrat angenommen. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft und kommt voraussichtlich morgen auf die Tagesordnung des Reichstages.

Die Verfolgung von Kriegsverbrechen.

(Eigener Drahtbericht.)

w. Leipzig, 29. Juli. Wie das Leipziger Tageblatt von zuverlässiger Seite erfährt, sind beim Reichsgericht bisher insamt 1012 Strafsachen auf Grund des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen vom 18. Dezember 1919 anhängig geworden. Davon entfällt eine überwiegende Zahl, nämlich 886 Sagen, auf die Anklage der Entente. Der Oberreichsanwalt ist in allen Fällen eingeschritten, in denen die Angaben der Liste über die Personen der Beschuldigten ein Einschießen überhaupt ermöglichten. Der Fortgang der Ermittlungsverfahren würde dadurch außerordentlich verzögert, daß sowohl die früheren, als auch die neueren Auslieferungslisten ausreichende Angaben über die den Beschuldigten zur Last gelegten Taten, insbesondere aber das für die Beschuldigten erforderliche Beweismaterial, vermissen lassen. Der Oberreichsanwalt hat sich deshalb, um den Tatbestand der Beschuldigten ausreichend klar zu stellen, durch Vermittelung des Auswärtigen Amtes an die ehemaligen feindlichen Regierungen mit dem Ersuchen um genaue Bezeichnung der strafbaren Handlungen, Aufklärung von Widersprüchen und Beschaffung von Beweismaterial gewandt. Von dem Ergebnis dieser Erhebungen wird der Fortgang und die Erledigung der Verfahren abhängen.

Hoffnungen und Wünsche.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 29. Juli. Die „Germania“ glaubt, in der Abstimmung über das Vertrauensvotum am Mittwoch bereits den ersten kleinen Anstoß zu der Verbreiterung der Regierungsbasis zu sehen, der das Zentrum seit langem das Wort geredet hat. Ein Berliner Witzblatt macht aus diesen Hoffnungen und Wünschen des Zentrumskreises sogar schon Verhandlungen über die Veranlassung der Sozialdemokraten zur Regierungsmehrheit. Der „Vorwärts“ winkt allerdings heute abend sehr energisch ab, indem er schreibt: „Solche Verhandlungen gibt es nicht, und die Sozialdemokratie denkt nicht daran, ihre feste Stellung außerhalb der Regierungskoalition aufzugeben.“

Deutsches Reich.

Der Postetat im Hauptauschuß.

Am Dienstag wurde im Hauptauschuß des Reichstages der Etat der Reichspostverwaltung beraten. Die Frage des Reichsposttarifs, ob für die Postarbeiter der Reichsposttarif ebenso geltend habe wie für die Eisenbahnarbeiter, wurde ebenfalls zur Tagesordnung auf seine Angelegenheit, eine Denkschrift über die Postreform im Reichspostgesetz, die Vorlesung des provisorischen Beamtenvertrages für die Postbeamten wurde vom Reichspostminister kritisiert, da es hinter dem Rücktritt, was den Eisenbahnbeamten zugehört, auch wäre es besser gewesen, die Materie nicht durch Verordnungen, sondern erst durch Gesetz zu regeln. Ein großer Teil der Postbeamtenentschaft werde sich infolgedessen an den Wahlen zu den Reichstagen beteiligen. Der Minister sagte zu, daß Verbesserungen vorzunehmen seien. Es fanden zu diesem Zweck Verhandlungen mit den Vertretern der Beamtenvereinigungen statt.

Der Reichspostminister stellte die Frage, ob es zutreffend sei, daß nennenswerte Fernsprecheinrichtungen zur Verbesserung der Fernsprecheinrichtungen in der Entente reklamiert und nach Belgien überwiesen seien. Derartige Ausführungen habe neuerlich ein Vertreter der Postverwaltung in einer Versammlung gemacht, die sich gegen die Fernsprecheinrichtungen ausgesprochen. Der Minister verneinte das.

Bezüglich der Personalverhältnisse wurde von allen Seiten betont, daß es wichtig sei, die Differenzen zwischen Militär- und Zivilbeamten zu beseitigen. Ebenso sei es wichtig, daß die Beamten, nachdem die Länder unabhängig von der Reichsbesoldungsordnung andere Eingruppierungen vorgenommen hätten, nun mit den Beamten der Länder in der Besoldung gleichgestellt würden.

Eine Entschließung des Reichspostministers wurde mit Unterstützung aller Parteien eingebracht, die Reichspostverwaltung zu erziehen, möglichst bald eine Gleichstellung der aus dem Militärbeamtenstand hervorgehenden Postsekretäre mit den Zivilbeamten herbeizuführen.

Ein weiterer Antrag des Abg. Dellus wurde angenommen, der die erhöhten Zeitungsgebühren erst vom 1. Januar erheben lassen will.

Ebenso wurde eine von dem Abg. Dellus, Steinbock, Schindt vorgelegene Entschließung angenommen: „Der Reichstag ist damit einverstanden, daß die sich aus dem Abbruch des Reichsnotetats für die Verkehrsarbeiter und die Scherfung der Reichswehrgesetzbeamten ergebende Arbeitslosigkeit gemindert werden und möglichst rasch durch die Einberufung der Reservisten der Reichswehr beseitigt werden.“

Abgeordnete mit weniger als 60 000 Stimmen.

Nach § 22 des Reichswahlgesetzes wird bei Verteilung der Mandate der Reichstages ein Rest von mehr als 30 000 Stimmen vollen 60 000 gleichgeachtet. Die Wahlstatistik dieser Vorfrist ist von den 9 Parteien, die auf der Reichstages Mandate erhalten haben, vier zuteil geworden. Die Sozialdemokraten haben mit 454 456 Stimmen auf das achte Mandat nur 24 456 Stimmen erhalten. Ebenso hat der Bayerische Bauernbund schon mit seinen 88 884 Reichstimmen auf der Reichstages 1 Mandat erhalten. Auch der Deutschen Volkspartei mit 461 844 Stimmen sind auf der Reichstages 8 Mandate zugefallen, obwohl ihr für das 8. Mandat nur 41 844 Stimmen zur Verfügung standen. Die übrigen überparteiliche Partei, die desgleichen schon mit 166 941 Reichstimmen drei Mandate auf der Reichstages erhalten. Andererseits haben die Kommunisten und der Deutsche Wirtschaftsbund unter der sehr verachteten Vorfrist des § 22 des Reichswahlgesetzes zu teilen gehabt:

Spaa.

Wären wir als Tapsere Durch andre Tapsere besetzt, wir könnten Uns trösten mit dem allgemeinen Schicksal, Das immer wechselnd seine Augen dreht — Doch solchen großen Gaukelspiel erlöset Bar unser ernstes arbeitsvolles Leben Keines ernsthaften Ausganges wert? Jungfrau von Orleans III.6.

Assoziationen.

Von Richard Nieß.

In die Wiege jedes Menschen treten die Feen. Alte und junge. Die Alten das sind die Erbfeen. Die waren schon beim Großvater und bei der Mutter. Und nun kommen sie zum Kinde, und sie geben ihm das, wovon es später bei allen Verwandten und Bekannten heißt: „Ganz der Papa!“ und „Ganz die Mutter!“ Aber die Jungen . . . die jungen Feen, die geben dem Kinde die Reife, um damit aus der Art zu — schlagen; die geben die merkwürdigen Eigenschaften, von denen dann die Eltern sagen: „Rein, woher mein Franzl das nur hat!“ Und die Mutter meint: vom Vater, und der Vater meint: von der Mutter, und keins von beiden ist so geschick, daß es an die jungen Feen denkt!

Bei mir waren lauter junge Feen. Besonders auf eine von ihnen habe ich — keine Sammt! Die hat mir die Empfindsamkeit gegeben und veranlaßt, daß meine Nerven dünn wie Zwirnsfäden wurden. „Der Junge ist verstimmt“, sagte mein Vater, wenn ich durchaus nichts vom Vater essen wollte. „Wirklich!“ meinte Mutter . . . „das gute Fleisch . . .“ Und beide ahnten nicht, daß mir der Appetit vergangen war, weil irgendwer von der Zubereitung des trefflichen Döschens gesprochen hatte. Und vor mein Auge war plötzlich das vom Feil getrocknete blutige Tier getreten. Mit den Jahren wurde diese meine Eigentümlichkeit nicht besser. Im Gegenteil! Ich war bald das dankbarste Objekt für die Speisemarder unter meinen Freunden. Es brauchte einer nur das Wort

Blut auszusprechen und schon durfte er mein Beifall verzeihen.

Und ausgerechnet ich mußte Schaulustler werden wollen! Wollen, wollen, verzeih mir, aber ich bin elendiglich geschickert!

Ein Jahr lang lühderte ich bei Meister Salsziemer. Ich wurde auf „Charakterfach“ dressiert. Den ganzen „Mephisto“ konnte ich, und vom „Jago“ fehlte mir ebensoviele ein Vers wie vom „Wurm“ eine Gemeinheit und vom Franz Moor ein tüchtiger Seitenblick. „Ausbildung bis zur Bühnenreife und nachher Vermittlung des ersten Engagements“, hatte der große Salsziemer mir versprochen. Er hielt sein Wort. Ich will das Theater nicht nennen, in dem ich so elend Schiffbruch erlitten habe. Da ich niemals in Fosen war, kann ich dem Feiler getrost vorreden, daß die Katastrophe dort eingetreten ist.

Mein erstes Engagement! Meine erste Rolle! Eine Rolle? Ja, Rollen! Sundry Rollen! Meine erste Rolle war nämlich „Wolf“. Ich war das Volk. Ich und fünf andere Leute vom „Bau“. Ich war das Volk und meine Rolle lautete „Mhabarber“. Ich mußte Mhabarber sagen, murmeln, anschwellen lassen. Ich murmelte es . . . auf allen drei Proben (denn es war ein klassisches Stück und wurde „gründlich“ probiert . . .) Niemals dachte ich mir etwas dabei, wenn ich „Mhabarber“ murmelte. Niemals . . . bis auf das eine Mal . . . bis es mich eines Tages packte und übermächtige . . . bis ich eines Tages mit Bewußtsein, in der vollen Erkenntnis der Wirkung „Mhabarber“ murmelte. Und das war gerade am Tage der Aufführung.

„Ich habe heute Mhabarberkompost gegessen“, sagte da, in der Garderobe, der Komiker, der an Parteilichkeit litt. — Die Wirkung auf mich war durchschlagend. Schon das Wort tat an mir seine Wirkung. Nicht ohne Leibschmerzen fand ich mich an der rechten Mäule ein, hinter der ich das Volk anzudeuten halte. Da kam auch schon der Inspeizient und suchte mit den Händen und begann: „Mha . . .“ „Mhabarber“, murmelte ich in Todesverachtung. „Weh! Mein Bauch! Nochmals: „Mhabarber!“ Hilf Himmel . . . Mha . . . Mha . . . Verdammt . . . verdammt . . .“ Es ging nicht mehr. Ich fürzte davon . . . davon . . . davon . . .

An diesem Tage murmelt' ich nicht weiter.

Aber auch am nächsten nur mit Anstrengung. Nur zwei, drei Male gelang es mir. Als es aber galt, das Volkgeheule anschwellen zu lassen, als es galt, den Mhabarber in die Welt nur so hinauszuwerfen, da wirkte der Mhabarber auch schon so mangelvoll auf meinen Magen, daß der Inspeizient für mich weitermurmeln, weiteranschwellen und weiterhinauswerfen mußte.

Inspeizienten sind zu etwas anderem geboren. Inspeizienten sind dazu geboren, hinter der Kulissen herumzurrennen, die Requisiten zu beobachten und dafür zu sorgen, daß die Revolver im rechten Augenblicke losgehen. Für den Mhabarber aber war ich engagiert.

Ich will indessen nicht sagen, wo ich mich in den Augenbliden, die der Kunst hätten gehören sollen, aufhielt. Ich jage nur, daß der Direktor mich herauswarf . . . Natürlich aus dem Theater . . .

Ja, meiner Empfindsamkeit habe ich die Kunst opfern müssen. Am Mhabarber bin ich geschickert. Sonderbar, aber wahr . . .

Theater und Musik.

Wiener Theater. (Von unserem Korrespondenten.) Die Wiener Sommerpielzeit liest wenig Erhebliches. Es mühen im Geenteil besondere Attraktionen geboten werden, um den Wettbewerb mit der heur so bräudenden Hibe aufzunehmen. Das Festschädel Theater brachte den schwächlichen Schwanz „Das Kind mit den vier Müttern“ von Arthur Schnitzler, das Stadttheater die Berliner Komödie „Sie“ von Neide mit dem Berliner Star Crifa Gäßner, die man hier zwar reichlich grotesk, aber doch glänzend besaß und eigenartig findet. An der Neuen Wiener Bühne garkierte nach Verat der gewesene Burtheaterdirektor Hugo Thimig in Schönkhan-Düdens „Klein-Dorrit“. Von der kommenden Saison hört man, daß die Operntheater infolge gewaltig erhöhter Forderungen ihres Personals mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und teilweise daran denken, ihren Spielplan gründlich zu ändern. Sicher ist dies bis jetzt nur vom

Einem Reichswahlvorschlag kann (auf der Reichstages) höchstens die gleiche Zahl von Abgeordnetensteile ausgeteilt werden, die auf die ihm angeschlossenen Kreiswahlvorläufe entfallen sind.“ Die Kommunisten haben nur ein Mandat in einem Wahlkreis erhalten. Infolgedessen ist ihnen auch auf ihrer Reichstages nur noch ein Mandat zugeteilt worden, obwohl sich aus dieser aus 29 Wahlkreisen 88 652 Reichstimmen angeammelt hatten. Der Deutsche Wirtschaftsbund hat zwar in fünf Wahlkreisen 88 652 Stimmen aufgebracht, aber für diese Reichstimmen auch auf der Reichstages kein Mandat erhalten, weil er in keinem einzigen Wahlkreis die für die Zuteilung eines Mandats erforderliche Zahl von 60 000 Stimmen hatte. Er ist ganz leer ausgegangen.

Bestimmungen über Einwanderung Deutscher in die früheren Kolonien.

Der britische Handelskommissar in Deutschland teilt folgende Bestimmungen über Einwanderung deutscher Staatsangehöriger in die vormaligen deutschen Kolonien mit:

In die unter die Mandate von Aufstatten und Neuseeland gestellten früheren deutschen Besitzungen im Stillen Ozean dürfen nach Verkündung der australischen Regierung keine Fremden einreisen. In Neuguinea ist ein Landbesitzverbot erlassen, und die Regierung von Neuseeland hat beschlossen, aus Samoa alle Angehörigen der früheren feindlichen Nationen nach ihrem Lande zurückzuführen, soweit sie nicht etwa mit samoanischen Familien durch Familienbeziehungen verknüpft sind.

Für Togo müssen von dem Kolonialsekretariat der Goldküste Einreiseerlaubnischeine ausgestellt werden. Die Ausstellungen sind aber einzuweisen noch nicht statt und es ist noch nicht bestimmt, ob sie in kürzerer oder längerer Zeit freigegeben werden wird.

In Kamerun sind die Einwanderungsbeschränkungen, die für Angehörige früher feindlicher Nationen in Nigeria gelten, gleichfalls eingeschränkt worden. Die Wirkung ist, daß kein früherer Feind ohne Einreiseerlaubnis nach Kamerun zurückkehren kann. Diese Erlaubnis wird noch nicht ausgestellt, und es ist noch nicht entschieden, binnen welchem Zeitraum dies geschehen kann.

In Südafrika ist es die Politik und der Wunsch der Regierung, daß das deutsche Gemeinwesen als solches nicht mehr bestehen bleiben soll, daß das Gebiet ein tatsächlicher Teil der südafrikanischen Union werden und Massenfragen allmählich ganz verschwinden sollen. Es würde daher gegen allgemeines Interesse, wenn eine Einwanderung aus Deutschland im allgemeinen begünstigt werden würde. Die Regierung ist jedoch bereit, die Einreiseerlaubnis in besonderen Fällen und unter gewissen Bedingungen zu erteilen.

Nach dem früheren Deutsch-Ditarka bedürfen Angehörige der früher feindlichen Nationen zunächst einer Einreiseerlaubnis der britischen Verwaltungsbehörden, um in das Land zurückkehren zu können; sie müssen sich hierzu direkt an den Verwaltungsfiskus in Dar-es-Salam wenden. Zurzeit werden aber derartige Erlaubnischeine von den Behörden in Dar-es-Salam nicht ausgestellt.

Im allgemeinen hat der Unterstaatssekretär der Kolonien im Unterhause bekanntgegeben, daß beschlossen sei, daß jeder Angehörige früherer feindlicher Nationen, der in eine Kolonie oder ein Protektorat einzureisen oder zurückzuführen wünsche, eine vom Staatssekretär der Kolonien oder dem entsprechenden Beamten der Kolonie oder des Protektorats auszustellende Erlaubnis haben müsse, ehe ihm Zutritt gestattet werden könne. In allen Kolonien oder Protektoraten sind entsprechende Gesetze erlassen worden. Die Gültigkeitsdauer der Gesetze ist vorläufig auf 3 Jahre festgesetzt worden, nach welcher Zeit eine Verabreichung oder Verlängerung in Erwägung gezogen werden soll. Es wurde beschlossen, daß das gleiche Verfahren für die Einreise von Angehörigen früherer feindlicher Nationen in den Gebieten angewandt werden solle, für die der britischen Regierung ein Mandat gegeben worden ist.

(Sonderbericht.)

„A o m d i e n h a u s“, das in der nächsten Spielzeit mehr das Volkstheater mit Belang (eine Freilich schon einigermassen ausgearbeitete Gattung) pflegen will, und vom K a i m u n d - T h e a t e r, das, der Bestimmung seiner Gründer nachträglich, die Erweiterung, wieder ein reines Probatheater unter Leitung Dr. Beers, des letzten Direktors des Bränner Deutschen Theaters, werden soll. Dr. D. B.

Kunst und Wissenschaft.

Galerie Moos.

Die Juli-Ausstellung hat einen ziemlich fundierten gewerblichen Anstrich. Sie zeigt vornehmlich aber es fehlen die bedeutendsten wie Adolf Hildebrand (den wir hier schon lange nicht mehr gesehen haben) und die beiden Nobis (die hauptsächlich im Kunstverein entzückten). Ueber den Namen der Zeichnerarbeiten hinaus gehen die temperamentvoll und farbig gemalten Bilder von Eugen Sinnat und die Aquarelle von Wilh. Link. Die Landschaften von Hermann Werder haben eine sympathische Note in ihrer Naturauffassung, besonders in dem letzten Frühlingbild, während die Temperabilder von Oskar Elsäcker durch ihre gleichmäßige Made fühlbar lassen; geschickt sind seine Schwarz-Weiß-Bilder, vor allem in ihren wibigen Ausprägungen. Raum diskutabel sind die geschwollen-pathetischen Deklamationen von Alfred Böld mit ihren Jugendstil-Reminiszzenzen. — Am gefälligsten wirken die Metallarbeiten von P. P. Pfeiffer, sowie die Erzeugnisse der Schmiedekunst von Germinski und Oberle. Hier ist gutes Material in schönen Formen zur Verfügung gebracht. — Karl Rabas steuerte noch Zeichnungen und Radierungen bei, die zum Teil malerische Partien aus Alt-Forsheim zeigten. W. G. D.

Ganghofer hat zwei literarische Dramen hinterlassen, ein bis zum 2. Akt gediehenes Drama „Polofrates, der Tyrann von Samos“ und „Polofrates“ aus der Bergeschichte des Aiofereichs.

Aus Baden.

Amthliche Nachrichten.

Ernennungen, Versetzungen usw.

Das Staatsministerium hat den Amtmann Rudolf ...

!! Karlsruhe, 29. Juli. Das Staatsministerium hat den Refus ...

rr. Mannheim, 29. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In der ...

.. Heilbronn, 29. Juli. Im Stadteil ...

— Bühl, 29. Juli. Der jetzt die Bühl ...

St. Blasien, 29. Juli. Am 11. August d. J. ...

Aus dem Stadtkreis.

Goldene Hochzeit. Herr Lithograph Karl ...

Das Auskunftsbüro der Staatseisenbahnen im ...

Bedenkende Schieber ausgehoben. Den ...

Ueberaus frühe Einbrecher. Mit einer ...

Internationale Sportwettkämpfe im ...

nächststen Ringer Grunewald gegen ...

Chronik der Vereine.

Der Deutsche Anarcbund (Anarcbismus der ...

verlagst bleiben, und so ist es kein Wunder, ...

Ein Teemittag im „Schlöffen“ fand am ...

Veranstaltungen.

Gundausstellung. Man schreibt uns: Die ...

Wirtschafts- und Handelszeitung.

Wirtschaftliches aus Niederländisch-Indien.

Englische und amerikanische Handels- und ...

Die Industrialisierung des Kolonialgebietes ...

Börsen- und Finanzmeldungen.

Frankfurter Börse.

W. Frankfurt a. M., 29. Juli. An der heutigen ...

Frankfurter Kursnotierungen.

Table with columns for bank names and their respective exchange rates.

Berliner Börse.

W. Berlin, 29. Juli. An der Börse verschärfte ...

aktien fanden in Bergmann zeitweise lebhaftere ...

Berliner Kursnotierungen.

Table with columns for various stocks and their prices.

Vom Devisenmarkt.

Table with columns for exchange rates from various cities.

Table with columns for exchange rates from various cities.

Standesbuch-Auszüge.

Eheschließungen. 29. Juli: Rudolph ...

Geburten. 21. Juli: Maria Ruth, Vater ...

Todesfälle. 28. Juli: Theresia ...

Die Preisgestaltung im Einzelhandel.

Aus Kreisen des badischen Einzelhandels wird ...

Wenn man die für den Einzelhandel geradezu ...

Es soll nun hier nicht untersucht werden, ...

Sat man sich dann erst zu der Ueberzeugung ...

So bringt eine Ueberspannung der Forderungen ...

Freiburg, 29. Juli. Der Verbraucherpreis für ...

